

Uwe Polkaehn,

Vorsitzender des Deutschen

Gewerkschaftsbundes Nord (DGB Nord)

**Gute Arbeit und ökologisch verträgliches
Wachstum – Vorstellungen des DGB für eine
wirtschaftlich und sozial ausgewogene Industrie-
und Dienstleistungspolitik in Norddeutschland**

**Rede anlässlich der Konferenz der Hans Böckler
Stiftung in Kooperation mit dem DGB Nord**

Hamburg, 30. Oktober 2014

Sperrfrist: 30. 10. 2014, 11.30 Uhr

- Es gilt das gesprochene Wort -

Anrede

Ich bin der Hans Böckler Stiftung sehr dankbar, dass sie dieses große Vorhaben einer industriepolitischen Bestandsaufnahme und Handlungsorientierung so engagiert unterstützt hat. Der Norden hatte und hat das nötig, um sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten.

Was sind die Herausforderungen?

Lassen Sie mich in Stichworten zusammenfassen:

- Druck auf viele Industriebereiche durch globalen Wettbewerb
- Endlichkeit der Ressourcen und ökologische Verträglichkeit,
- Eine zunehmende Verzahnung von Industrie und Dienstleistungen mit immer mehr Technikeinsatz (Industrie 4.0);
- Demographische Herausforderungen
u.a. durch älter werdende Belegschaften mit einem gleichzeitigen Mangel an jungen Fachkräften
- Infrastrukturdefizite und insgesamt zu niedrige Investitionsquoten.

Man könnte die Liste fortsetzen.

Aber wie wir soeben gehört haben, existieren gerade im Bereich der Industrie und der industrienahen Dienstleistungen im norddeutschen Kontext oft unterschätzte Potenziale, die wir gemeinsam nutzen können, um unsere Ziele einer ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit der Industriepolitik zu entwickeln.

Im industriellen Bereich arbeiten über 900.000 Menschen in Norddeutschland.

Weitere hunderttausende Arbeitsplätze finden sich in den industrienahen Dienstleistungen. Allein in den Bereichen Häfen und Logistik finden weitere 450.000 Menschen Beschäftigung.

Diese Arbeitsplätze gilt es zu erhalten, ihre Zahl zu erhöhen und ihre Qualität weiter zu verbessern.

Unsere Tagung heute und die vorliegende Studie müssen aus Sicht des DGB dazu beitragen, der Industrie in ihrer Gesamtheit wieder einen höheren Stellenwert zu verschaffen.

Wir haben in der Wirtschaftspolitik eine Renaissance der Industriepolitik.

In der Wirtschaftskrise 2008 hat die Bundesregierung massiv industriepolitisch agiert und damit ihre „ordnungspolitische Unschuld“ verloren.

Es geht nicht mehr um das „Ob“, sondern um das „Wie“ einer Industriepolitik.

Industrie ist die Basis unseres Wohlstands. Und wir als Gewerkschaften wollen, dass dieser Wohlstand allen zugutekommt und Gute Arbeit ein wesentlicher Baustein für soziale Nachhaltigkeit in der Industriepolitik.

Die Studie zeigt, dass es Chancen gibt, Industriearbeitsplätze in Norddeutschland zu erhalten und auch neu zu schaffen.

Der DGB hat hier keine unrealistischen Hoffnungen: wir wissen, dass nicht in allen industriellen Bereichen eine Zunahme an Beschäftigung zu erwarten ist. Gerade im Bereich der

Grundstoffindustrie, aber auch im Schiffbau wird es nicht zu großen Zuwächsen kommen.

Hier muss Politik durch gute Rahmenbedingungen bei Energieversorgung und Verkehrsinfrastruktur, aber auch durch Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen bei Bestandssicherung unterstützen.

Der Schiffbau und der ganze maritime Bereich haben aber gleichzeitig mit den Investitionen in die Energiewende die Chance, sich einen ganzen neuen Markt im Off Shore Segment zu erschließen.

Diese Chance – und darauf verweisen die Autoren der Studie an mehreren Stellen – gilt es durch koordinierte Politik der norddeutschen Länder auch wahrzunehmen.

Dabei sind aber auch risikoreiche und im Ergebnis ungewisse Investitionen verbunden.

Ich verweise hier auf die Idee, in der Unterelbe – Region in eine Wind-Wasserstoff-Wirtschaft zu investieren. Eine reizvolle Idee, und die Entwicklung gerade in der Region Stade um den Einsatz von CFK (Kohlenfaserverbundstoffen) in der Luftfahrtindustrie zeigt, wie gute Ansätze auch zu guten Arbeitsplätzen führen können.

Im Norden haben wir beim Thema moderne und nachhaltige Energieerzeugung eine große Chance, die die norddeutschen Länder aber nur gemeinsam gestalten und entwickeln können.

Denn machen wir uns nichts vor:

Die Größe einer Region spielt für ihre Finanzierungsfähigkeit eine Rolle. Die industriellen Akteure denken schon lange nicht mehr in Ländergrenzen.

Der Norden hat Nachholbedarf in industriepolitischer Zusammenarbeit – auch wenn wir in der Studie bewusst nicht die Diskussion um einen Nordstaat wieder aufgenommen haben.

Eine innovative Industriepolitik denkt nicht in Quadratmetern und Ländergrenzen - sie fördert attraktive Arbeitsbedingungen für Fachkräfte, Beschäftigung und Qualifizierung, innovative Produkte und Verfahren und setzt auf überregionale Zusammenarbeit.

Meine Damen und Herren,

Industrie ist ein wesentlicher Kern unserer Lebens- und Arbeitsverhältnisse! In ihrer sozialen und ökologischen Erneuerung liegen große Chancen für Wohlstand, Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit.

Die Gewerkschaften wollen alle Menschen an diesem Wandel beteiligen,
sie fördern den Dialog aller Akteure und unterstützen eine gestaltende und aktive Industriepolitik,
denn der Markt ist blind gegenüber sozialen und ökologischen Herausforderungen.

Professor Bosch, ein anerkannter Experte, hat einmal geschrieben:

„Der Staat hat eigentlich keine Wahl,
ob er Industriepolitik betreiben will oder nicht.
Auch durch Nichtstun oder Abwarten beeinflusst er industrielle Strukturen.“

Ich sage, die norddeutschen Länder haben keine Wahl.
Sie müssen in der Industriepolitik zusammenarbeiten mit dem Leitziel:
Industriepolitik im Norden an ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit zu orientieren und auszurichten.

Oder anders ausgedrückt:
ökologisch verträgliche, ressourcenschonende Produktion und Gute Arbeit in der Industriepolitik miteinander zu verzahnen.

In der heutigen Praxis sehen wir leider zu häufig, dass grüne Jobs noch lange nicht gute Jobs sind.

Aus Sicht des DGB muss dazu die Kooperation der norddeutschen Länder deutlicher vorankommen, sowohl in der Entwicklung eines gemeinsamen Leitbilds als auch bei konkreten Maßnahmen, z.B. beim Ausbau der Hafeninfrastruktur für die Windenergiebranche oder bei der Entwicklung eines länderübergreifenden Fachkräftekonzepts.

Die Länderregierungen müssen dazu mit den Sozialpartnern auf Augenhöhe sprechen - das schafft Chancen dafür, dass die Verabredungen fruchtbar werden. Dafür fordern wir verbindliche Dialogstrukturen, z.B. in Form eines jährlichen industriepolitischen Dialogs.

Meine Damen und Herren

Zur Industriepolitik gehört auch, dass die Verkehrsinfrastruktur erhalten und modernisiert wird.

Der marode Zustand von Straßen und Brücken ist fast täglich zu erleben. Aber auch die Schienen- und Wasserwege müssen dringend modernisiert werden. Da geht es um den Wirtschaftsverkehr, von dem der Norden als europäische Drehscheibe lebt, aber auch um die Pendler etwa in der Metropolregion Hamburg, die das Sozialprodukt erwirtschaften.

Der ganze Norden braucht starke Häfen,
ob in Niedersachsen, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein oder
Mecklenburg-Vorpommern
und dazu gehören auch ein Nord-Ostsee-Kanal und Wasserwege, die
für die Anforderungen der Zukunft hergerichtet sind.

Arbeitsteilige Konzepte zwischen den norddeutschen Häfen sollten in
Zukunft ein gemeinsames Ziel sein. Eine moderne Logistik, mehr
Kooperation der Häfen und die nötigen ökologischen
Ausgleichsmaßnahmen gehören dazu.

Und eins ist auch klar:
Kein Transportweg ist ökologisch so sinnvoll wie der Wasserweg.
Jeder Kilometer, den ein Container,
jedes Frachtgut, das auf dem Wasserweg zurücklegt, bleibt unseren
Autobahnen erspart.

Meine Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wer die Energiewende gestalten will,
muss national und international anziehend sein für Fachkräfte.
Wer Zentrum von Innovationen sein will,
der muss sich anstrengen.

Die Länderregierungen haben das erkannt.
Und auch die Arbeitgeber müssen aus eigener Erfahrung im Betrieb
wissen,
dass die motiviertesten Arbeitnehmer die sind,
die fair entlohnt und die gut und hart arbeiten und trotzdem gesund
bleiben.

Gute Arbeit und gute Arbeitsbedingungen werden zur Schlüsselgröße für eine erfolgreiche Unternehmensentwicklung.

Deshalb ist es auch nur logisch,
dass wir die Wirtschaftsförderung in allen Bundesländern so verändern wollen,
dass es gutes Geld auch nur gegen „Gute Arbeit“ gibt.

Die Tarifbindung in den letzten zwei Jahrzehnten Jahren sank deutlich. Atypische und prekäre Beschäftigungen nehmen zu, mit erheblichen Auswirkungen für die Menschen in Arbeit und im Ruhestand,
mit Auswirkungen für die Gesellschaftspolitik.

In der Begleitung des Forschungsprojekts haben wir in den letzten Monaten intensiv gemeinsam mit Wirtschaft und Politik diskutiert, wie eine integrierte, nachhaltige und abgestimmte Industriepolitik in den fünf norddeutschen Bundesländern Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein aussehen kann.

Die norddeutschen Bundesländer sind aufgrund der geografischen Nähe so verflochten,
dass Fragen der Verkehrsinfrastruktur,
der Energieversorgung, von Innovation und Qualifizierung und des demografischen Wandels nur gemeinsam beantwortet werden können,
denn weder Arbeitsmärkte noch Branchenstrukturen sind auf einzelne Bundesländer begrenzt.

Die Diskussionen, die im Rahmen dieses Projektes geführt wurden, sieht der DGB Nord als Beginn einer kontinuierlichen Zusammenarbeit

von Politik, Unternehmen und Gewerkschaften.

Deshalb freue ich mich auch sehr,
dass hier heute Entscheider und Akteure aus allen Gruppen vertreten
sind.

Gemeinsam werden wir das Ziel einer nachhaltigen Industriepolitik in
Norddeutschland verfolgen und umsetzen.

Der Norden braucht vielleicht nicht sofort einen Masterplan Industrie,
aber er braucht von Seiten der Politik und der Unternehmen
Verabredungen zu Modellprojekten und Arbeitsschritten hin zu einer
modernisierten Industriestruktur im Sinne von ökologischer und
sozialer Nachhaltigkeit.

Wir sollten diese einmalige Chance zu einem Alleinstellungsmerkmal
gemeinsam im Norden entwickeln und offensiv vermarkten.

Dazu müssen alte Barrieren fallen und neue Netzwerke geknüpft
werden. Gute Arbeit muss zum Markenzeichen des Nordens werden.
Ein neues gemeinsames Industrieforum aller norddeutschen Länder
könnte den Anfang machen für diese Entwicklung.

Lassen Sie mich zum Abschluss betonen,
dass ich uns hier auf einem guten Weg sehe.
Aus dem Projekt und den damit zusammenhängenden Diskussionen
sind schon eine ganze Reihe von konkreten Verabredungen
entstanden.

Ich verweise hier auf die erste Branchenkonferenz
Ernährungsindustrie Norddeutschland,
die am 20. 11. 2014 stattfinden wird.

Aber auch auf den regionalen von der IG Metall angeregten „Kieler Appell“ zur Industrie am Standort Kiel.

Weitere Standortkonferenzen sind bereits in Planung. Weitere Branchenkonferenzen werden folgen. Der Dialog mit Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen bietet neue Chancen, Innovationen und Forschung transferorientiert für die Industriepolitik zu nutzen.

Und wir haben auch positiv wahrgenommen,
dass das neu formierte norddeutsche maritime Cluster nun doch alle
fünf Bundesländer als Partner hat.

Sie sehen, das Projekt hat eine gute Grundlage gelegt.

Wir freuen uns auf die nächsten praktischen Schritte!

Ich hoffe und bin überzeugt,
wir haben die große Chance, dass der heutige Tag, dass die heutige
Konferenz der Startschuss für einen Industriepolitischen Dialog von
Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften ist.

Mein Dank auch noch einmal an die Hans-Böckler-Stiftung, die
Projektmitarbeiter und alle, die das Projekt unterstützt haben.